

**DR. HANS-GEORG WIECK****Die Europäische Union und die internationalen Krisen - 2017****November 2017****Straßburg****I.****Die EU im Lichte der Ost-West-Verständigung 1990**

Die politischen Vorgänge in Ostmitteleuropa, der Sowjetunion und Deutschland haben Ende der achtziger Jahre die strategische Lage und die innere Struktur der Europäischen Union sehr starken Veränderungen ausgesetzt.

1. **Der Wandel in der Sowjetunion führte 1990** zum Ende des Kalten Kriegs. Dazu gehörten die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege, die Rahmenvereinbarungen über ein „Gemeinsames Haus Europa“ auf der Basis der europäischen Werte: den Menschenrechten, der Gewaltenteilung, privatwirtschaftlichen Strukturen anstelle der Staatswirtschaften (Inhalt der Charta von Paris vom 21. November 1990, die von allen Staats- und Regierungs-Chefs der am KSZE-Prozess beteiligten Staaten aus Europa und Nordamerika unterzeichnet wurde), und ein Abrüstungsvertrag vom 19.11.1990 (KSE) über Höchstgrenzen der konventionellen Streitkräfte zwischen dem Ural und dem Atlantik. Der Vertrag enthält auch zahlreiche Vereinbarungen über Rüstungskontrolle in diesem geographischen Raum.
2. **Nun – Anfang der neunziger Jahre -folgten innerhalb des früheren Warschauer Pakts und in Jugoslawien dramatische politische Veränderungen**, deren Wirkungen bis heute spürbar sind, nämlich:
  - die Aufhebung des Warschauer Pakts auf Wunsch von Paktmitgliedstaaten; Das NATO-Verteidigungsbündnis blieb bestehen und hat seit 1991 zahlreiche neue Mitglieder erhalten.;
  - die Selbstauflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 und
  - die Selbstauflösung Jugoslawiens im Frühjahr 1992.

Unter diesen veränderten Rahmenbedingungen wurde Anfang der neunziger Jahre die vereinbarte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation der Strukturen in der Sowjetunion, also in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und in den Vorfeldländern Ostmitteleuropas, Südost- und Südwesteuropas in Gang gesetzt. In den

Verträgen waren europäische Institutionen und neue Strukturen als Berater bei diesem Transformationsprozessvereinbart worden, z.B. ODHIR – Office for Democratic Institutions - in Warschau als Organ der OSZE, der Europarat, die Venice-Kommission für Verfassungsfragen.

NATO führte mit allen osteuropäischen Ländern – auch mit der Russischen Föderation - unter dem Stichwort „Partnership for Peace“ Modernisierungsprogramme durch, die u.a. auf die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte und der Nachrichtendienste hinauslief. Auch technische Modernisierung sowie Beratung bei der Umsetzung der Abrüstungs-Vereinbarungen waren in das Programm eingebettet. In späteren Jahren wurde- in Verbindung mit der Aufnahme von osteuropäischen Ländern, u.a. den baltischen Staaten - mit Russland ein „NATO-Russland-Rat“ eingerichtet und mit der Ukraine, die sich an dem Militärabkommen der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – GUS“ (schwach ausgestaltete Nahfolgeorganisation unter russischem Vorsitz) von 1992 nur als Beobachter beteiligte, eine NATO-Ukraine-Kommission.

3. Die Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 löste eine langanhaltende politische Identitätskrise Russlands und eine Wirtschaftskrise aus, die den Ansatz zur demokratischen Transformation Russlands und auch einiger anderer Nachfolgestaaten scheitern ließ.

Mit Putin setzte 1999 die Umwandlung der kriselnden Russischen Föderation in einen nicht mehr an den vereinbarten europäischen Werten orientierten, sondern auf die traditionellen russischen Werte für Staat, Gesellschaft, und Kirche und Bürger ausgerichteten Staat ein, ein Reformprozess also, der zur strategischen Abschottung von NATO und EU führte und eine Konflikt- und Spannungslage zwischen der EU und Russland entstehen ließ, in der sich im besonderen Masse die Ukraine, Belarus; Moldau und die kaukasischen Republiken (Armenien, Aserbaidschan und Georgien) befinden.

Putin lehnte 2008 die Modernisierung der russischen Wirtschaft auf der Basis eines mit der EU ausgearbeiteten Modernisierungsprozess ab. Der Partnerschafts- und Kooperationsvertrag von 1997 ist zur Makulatur geworden.

Das heutige Russland sieht sich strategisch durch die USA und innenpolitisch durch die westlichen Werte als Grundlage der Reform von Wirtschaft und Gesellschaft in Russland bedroht. Moskau ordnet die europäischen Mitglieder der Allianz als Satrapen der USA ein. Mit

einzelnen Mitgliedern der EU und in gewissem Umfang mit den europäischen Institutionen bestehen Beziehungen - ohne positive strategische Zielsetzung, da Russland mit dem EURASIA-Projekt eine Gegenorganisation zur EU im Bereich der früheren Sowjetunion aufbaut. In den neuen Ost-West-Beziehungen spielt die russische Desinformationspolitik gegen den inneren Zusammenhalt der europäischen Institutionen, gegen die innere Stabilität der Länder und gegen die Weltmachtstellung der USA eine gar nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung. Neben dem Konflikt um die Ukraine stellen die Rolle Russlands als Energieversorgers von Europa und die strategische Orientierung Deutschlands als Schlüsselnd in Europe die zentralen Zukunftsfragen Europas dar - aus der Sicht Moskaus.

#### **4. Putins Russland,**

das im Wege einer „Russkij Mir“ Definition strategische Interessen in den Nachbarstaaten fixiert, z.B.

- den Schutz von Russen und strategischen Interessen Moskaus wie auch die verdeckte Besetzung und staatsrechtliche Annexion der Krim und
- die militärische Intervention in der Ostukraine

wird von den EU-Nachbarstaaten in Ost-Mitteleuropa als Bedrohung angesehen. Die militärische Glaubwürdigkeit der NATO, aber auch die der EU, die auch eine Beistandsklausel enthält, stehen auf dem Spiel. In den Nachbarstaaten Russlands gibt es Zweifel an dem Beistand durch die EU und NATO im Fall des Falles. Die politische Kohäsion der EU und der NATO stehen auf dem Spiel. Diese Bedrohung müssen sich alle EU-Institutionen und die NATO zu eigen machen.

Die NATO und die EU müssen nachhaltig eine glaubwürdige Antwort geben. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird man die Verteidigungsaufwendungen nachhaltig erhöhen müssen

II:

Die Europäische Union heute - auf dem Prüfstand:

Dem deutschen Vereinigungsprozess folgte das politische Bekenntnis der Mitglieder EU zur Stärkung der Institutionen und zur Vertiefung der Integration. Mitte der neunziger Jahre war klar, dass den ostmitteleuropäischen Ländern eine Beitrittsperspektive eröffnet werden musste. Als Voraussetzung für Beitrittsverhandlungen - parallel dazu wurde die NATO-Erweiterung in die Wege geleitet - galt die Erfüllung der „von der EU festgelegten „Kopenhagener Kriterien“.

Die 2008 gebildete „Östliche Partnerschaft“ mit sechs benachbarten Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Belarus, Ukraine, Moldau, Aserbaidschan, Georgien, Armenien) zielt auf die politische und wirtschaftliche Integration dieser Länder in die EU an, spricht aber keine Beitrittszusage aus.

## **1. EURO**

Anfang der neunziger Jahre galt als Kernstück der Vertiefung die Politische Union und die Währungsunion (EURO). Nur die Währungsunion - basierend auf dem Vorbild der Stabilitätskriterien der Deutschen Bundesbank - konnte durchgesetzt werden: Haushaltsdefizite bis zu 3 Prozent des Staatshaushalts und Staatsverschuldung nicht höher als 60 Prozent des BSP galten als Toleranzschwelle. Die niedrigen Zinsen sollten als Anreiz für Wirtschaftsreformen und für Wachstum in allen EURO-Ländern dienen, um die bisherigen Defizitländer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Diese Hoffnung trug. Wachstumsschwache Länder der Euro-Zone wurden in der Internationalen Währungs- und Wirtschaftskrise 2008 an den Rand des Abgrunds gedrängt. Die Rettungsmaßnahmen der EZB (Europäische Zentralbank) ließen die Gefahr der Gemeinschaftshaftung für überschuldete Volkswirtschaften aufkommen – ein Risiko, das der EURO-Vertrag ausschloss. Eine Grauzone tat sich auf, die bis heute besteht. Die Geschichte des EURO zeigt mit großer Deutlichkeit, dass es fundamentale Unterschiede in der Finanz- und Wirtschaftspolitik zwischen den wirtschaftlichen Schlüsselländern der EU und der Eurozone gibt, die sich aus sehr unterschiedlichen Traditionen und Leitlinien der in Frage stehenden Länder ergeben. Deutschland und Frankreich sind die Exponenten der beiden „Schulen“. In Deutschland setzen sich die Sozialdemokraten für die Umsetzung des französischen Modells ein, während im internationalen Vergleich das deutsche Modell in besonderer Weise fähig ist, internationale Wirtschaftskrisen abzufedern, neue Haushaltsanforderungen ohne Neuverschuldung zu meistern, ohne die EURO-Kriterien zu gefährden, und ein hohes Maß an Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erreichen.

## **2. BREXIT**

Der Brexit konfrontiert uns mit Erfahrung, dass die europäische Idee und die Wege der Umsetzung des Einigungsprozesses – insbesondere in dem gemeinsamen Markt mit dem freien Fluss der Güter, der Dienstleistungen, des Kapitals und der Menschen - in unterschiedlicher Weise von den Nationen aufgenommen und mitgetragen werden.

Die britische „historische Erfahrung“ – ausgedrückt in dem Wort „Britishness“, und untermauert durch die Rolle des erfolgreichen Verteidigers der europäischen Werte in zwei Weltkriegen, ja auch in der Konzeptionalisierung der sowjetischen Bedrohung für Europa nach 1945 - stört sich nicht an dem

Zustrom von Menschen aus den Dominions des früheren Britischen Weltreichs, wohl aber an dem Zustrom von Menschen aus den neuen EU-Ländern in Ostmitteleuropa (z.B. Polen), die zwar für den britischen Arbeitsmarkt unverzichtbar sind, aber in den städtischen und ländlichen Siedlungen als „Fremde“ abgestoßen werden. Eine emotional und demagogisch geführte Kampagne hat das Exit-Referendum zustande gebracht – in einer Momentaufnahme – unter dem Einfluss von mit Demagogie getränkter Politik zustande gekommen – mit historischen Folgen.

Ich gehe davon aus, dass es gelingt, einen ausgehandelten BREXIT zu erreichen, sodass Verhandlungen über eine Freihandelszone, über eine Zollunion möglich werden und Einbrüche in die starken Wirtschaftsbeziehungen zwischen GB und den EU-Mitgliedstaaten vermieden werden können.

Der Ärger über die Briten ist groß – aber der darf nichts kosten!

Die EU-Länder müssen der wichtigste Handelspartner Großbritanniens bleiben. Das ist das Gebot der Stunde.

Eine andere Lehre ist aus dem Aufkommen des Austrittswillens bei den Briten zu ziehen:

Der Zwischenfall des erfolgreichen Exit-Votums muss uns sensibel machen für nationale Empfindlichkeiten. Es ist doch so, dass der Europäische Einigungsprozess nur so stark ist, wie er in den Mitgliedstaaten aus der nationaler Gemüts- und Gefühlslage heraus aber auch in der Lagebeurteilung respektiert wird, wenn auch nicht überall als Inkarnation höchsten Glücks empfunden.

Europa, die europäischen Institutionen müssen lernen, mit Abweichungen - auch bei den europäischen Werten - zu leben: zu groß sind die Unterschiede der europäischen Geschichte, die Schicksale und das Narrativ der Nationen in diesem Europa. Das heißt nicht, dass man auf Abmahnungen bei Eingriffen in die Freiheiten des Bürgers und in die Rechtstaatlichkeit der Handlungen der Regierungen verzichten darf, auch im Europäischen Parlament kritisch zu diskutieren. Aber wir müssen Abstand davon nehmen, ein Mitglied vom Tisch zu weisen.

Diese Toleranz hört natürlich bei verbalem oder tatsächlichem Kriegsgetöse auf.

In der Flüchtlingsfrage treten die Gegensätze nationaler Interessen und Ziele zwischen den EU-Mitgliedstaaten offen zutage. Die Verteilung von Flüchtlingen, die über See nach Europa kamen, auf alle EU-Staaten war im Europäischen Rat vereinbart worden, wird aber von mehreren EU-Mitgliedstaaten boykottiert.

Hier wie an anderer Stelle, zeigt sich die unterentwickelte Fähigkeit der Europäischen Union, gemeinsam getroffene Entscheidungen durchzusetzen, wenn sie von einzelnen Staaten nicht eingehalten werden.

Der Prestigeverlust der Europäischen Union in den Augen der Öffentlichkeit könnte größer nicht sein.

Den in der Allgemeinen VN-Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in der Menschenrechtsdeklaration des Europarats fixierten Grundsätzen über die Nichtdiskriminierung nach Geschlecht, Farbe und Glauben widersetzen sich tradierte Wertevorstellungen mehrerer europäischer Staaten – insbesondere in EU-Mitgliedstaaten mit Überresten früherer autoritärer Verfassungen und Gesellschaftsvorstellungen. Die tiefsitzenden Unterschiede gesellschaftspolitischer Art kommen in Verbindung mit dem unterschiedlichen Herangehen an gesellschaftlichen Wandel zum Tragen und belasten den europäischen Einigungsgedanken außerordentlich

### **3. Außengrenze –FRONTEX**

Nach den Misserfolgen beim Management des Ansturms von Flüchtlingen aus bedrohten Gebieten, aber auch bei Verstärkung der Zuwanderung aus wirtschaftsschwachen Ländern in den zurückliegenden Jahren sind die Anstrengungen der Union auf den Aufbau eines effektiven Grenzschutzes bsd. auf See zu einer von Allen geteilten Priorität geworden, der auch Erfolge nicht versagt blieben: Grundfragen von Einwanderung, Asylanträgen, Krisen-Flüchtlinge und Abkommen mit Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres und des Mittelmeers bleiben auf der Tagesordnung.

### **4. Terrorismus, Nationalismus**

Fragen der inneren Sicherheit sind eine Hauptverantwortung der Mitgliedstaaten. Angesichts der grenzüberschreitenden Natur mehrerer Bedrohungsprofile – von Schwarzgeld und Menschenhandel bis hin zum grenzüberschreitenden Terrorismus - hat die Union die Zusammenarbeit bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit in den Mitgliedstaaten erheblich vorangebracht, z. B. mit der Bildung von gemeinsamen Analysezentren für die Beobachtung und Früherkennung von konkreten Bedrohungen und bei der Bekämpfung von Bedrohungen auf diesem Felde. Die Rolle von EUROPOL ist gestärkt worden. Die bilaterale Zusammenarbeit von Polizeien und von Nachrichtendiensten ist Kernstück der Abwehrstrategie.

Die Lücken in der Verfolgung von terroristischen Straftaten und die schwierige Erfassung von Gefährdern haben im politischen Bewusstsein der Bürger einen großen Nachholbedarf nationaler Sicherheitsmaßnahmen aufkommen lassen: Der starke und leistungsfähige Staat auf dem Felde innerer Sicherheit ist gefordert - auch zu Lasten des Schutzes von Bürgerrechten. Nationale, nationalistische Tendenzen sind die Folge.

## **5. Europäisches Parlament und nationalstaatliche Parlamente in der Europäischen Union.**

Heute werden die Abgeordneten zum Europäischen Parlament direkt gewählt. Fraktionen bilden sich nach politischer Orientierung, nicht nach der Zugehörigkeit zu einer Nation, nicht nach Zugehörigkeit zu bestimmten Mitgliedstaaten. Die Rolle des Parlaments zur Legitimierung der Schlüsselpersonen in Europäischen Institutionen wächst. Die erhoffte politische Wirkung – die Heranbildung eines auch parlamentarisch virulenten europäischen Staatsbewusstseins ist bislang nicht gelungen.

Wir laufen aber auch Gefahr, eine europäische parlamentarische Scheinwelt entstehenden zu lassen, da der Europäische Rat, die zentrale europäische Institution der Regierungen der Mitgliedstaaten -gestützt auf ihr nationales parlamentarisches Mandat – in einer Art föderaler Struktur die Geschicke der Gemeinschaft, der Europäischen Union lenken.

Auf dem Wege zu einem integrierten Europa - aber ist das Ziel - das integrierte Europa -noch das Ziel? - – hat die Direktwahl der Abgeordneten einen hohen symbolischen Wert. Aber ist uns das Ziel nicht abhandengekommen – angesichts der Virulenz der nationalen Identität im Bewusstsein der Bürger?

## **6. Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit und Unverzichtbarkeit der EU**

Die Europäische Agenda zur Stärkung der Europäischen Institutionen hat Fortschritte gemacht. Als Folge von EU Krisen (EURO, Flüchtlinge, Terror-Anschläge) und angesichts enormer Veränderungen in unseren Gesellschaften ist der Bürger aber verunsichert. Die Verlässlichkeit staatlicher und internationaler Institutionen gerät ins Schwanken: Die Kompassnadel hat gleichsam den Nordpol als Fixpunkt verloren. Dazu tragen die Globalisierung des Marktes, die IT-Modernisierung aller Wirtschaftsprozesse und die von unterschiedlichen Ursachen ausgelösten grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen, aber auch die ins Unübersehbare sich ausweitenden sozialen Netzwerke bei, neben denen die überkommenen Informationsinstrumente (Zeitung, Radio und Fernsehen, ja auch dem postalisch zugestelltem Brief) einen schweren Stand haben.

Diese Verunsicherung lässt das Vertrauen des Bürgers in die bestehenden politischen Strukturen ins Wanken geraten, und der Bürger neigt dazu, dem Marktschreier, dem Fake-News-Produzenten und dem Populisten die Möglichkeit einzuräumen, Meinungsströme umzuleiten, neue „Führungsbilder“ als rettende Propheten aufkommen zu lassen. Ortega y Gasset hat davon schon in den zwanziger Jahren in seinem Buch „Der Aufstand der Massen“ gesprochen.

Die Institutionen der EU sind die Leitragenden wie auch die gewachsenen politischen Strukturen in unseren Ländern. Der Bürger fühlt sich ausgeschlossen, vernachlässigt, nicht wahrgenommen und lässt sich von dem Populisten vereinnahmen.

**Das wirksamste Gegenmittel liegt m.E. in der wirtschaftlichen und sozialen Vernetzung des Menschen in seiner regionalen Lebenswelt. Über die persönliche Mitwirkung in Interessengruppen, in Freundeskreisen und kommunalen Organisationen kann die soziale Wärme wiederhergestellt werden, ohne die der Mensch vereinsamt, und zum Opfer der Verführer wird. Wir besitzen das literarische Bild des „Rattenfängers von Hameln“, um diese Gefahren bildhaft zu machen.**

Berlin, November 2017